

Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark, pro Quartal. — Inserate die fünfgepaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: H. Wiehle, Linden-Gannover.
Sämtliche Briefe sowie Geldsendungen sind zu adressiren: H. Wiehle, Linden-Gannover, Falkenstr. 28. Postzeitungsliste: Nr. 1152.

Nr. 4. Hannover, den 25. Januar 1896. 6. Jahrgang.

Kollegen! Werbet unablässig Mitglieder für den Verband!

Der Bund der Industriellen.

Diese Vereinigung, die sich im November v. J. gebildet hat, tritt nunmehr mit einem Aufruf hervor, den 400 Industrielle aus allen Theilen des Reiches unterzeichnet haben, und man erfährt endlich genau, was der Bund eigentlich bezweckt. Die Industriellen wollen sich organisiren, um zunächst auf die Zoll- und Steuergesetzgebung, auf Handelsverträge und Arbeiterversicherung, natürlich zum Vortheile des Großkapitalismus, einzuwirken; mit anderen Worten: sie wollen dahin wirken, daß ihnen selber aus den genannten Zweigen der Gesetzgebung möglichst viele Vortheile erwachsen, während die öffentlichen Lasten möglichst auf die große Masse abgewälzt werden sollen. Unsere Großindustriellen sind genau so begehrlich und unersättlich wie die Junker und betrachten wie diese den Staat nur als einen Apparat, der ihnen die Gewähr dafür zu leisten hat, daß sie aus dem Volke schöpfen können. Es wird also ohne Zweifel hier ein neues Attentat auf den Geldbeutel des Volkes geplant, das mit seinem sinkenden Einkommen und bei den gesteigerten Preisen nachgerade an der Grenze der Existenzmöglichkeit angekommen ist.

Daß die Industriellen unter sich Schiedsgerichte einsetzen wollen, um langwierige und theure Prozesse zu vermeiden, dagegen kann man nichts einwenden. Dann aber steht weiter auf dem Programm des Bundes:

„Beseitigung der Mißstände im Konzeptionswesen und Verdingungsweisen. Anbahnung von Maßnahmen gegen Schädigung der Industrie durch Arbeiterausstände und Boykott-erklärungen. Beseitigung der durch übermäßige Kreditgewährung herbeigeführten Uebelstände. Schutz des redlichen Geschäftsverkehrs durch Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. Der Bund wird sich insbesondere auch angelegen sein lassen, daß unreele Geschäftsmanöver, die zur Kenntniß des „Bundes“ gelangen, veröffentlicht werden.“

Mit diesem Programm schließt sich der Bund den reaktionären Strömungen an, welche die moderne Arbeiterbewegung im Interesse der herrschenden Klassen bekämpfen. Wenn der Bund für Baarzahlung eintritt, so ist uns das einerlei; wenn er den „unlauteren Wettbewerb“ bekämpfen will, so nehmen wir das auch nicht tragisch. Der Begriff „reell“ ist sehr relativ und sehr viele Geschäftsleute, die heute so laut über „unlauteren Wettbewerb“ schreien, müssen eine eventuelle genaue Untersuchung ihrer Geschäftsgebarung scheuen. Der Konkurrenzneid ist hier im Spiel. Jedes Geschäft ist „unreell“ im Auge des Geschäftsmannes, sobald es — ein Anderer betreibt!

Wenn es aber heißt, daß man Maßnahmen gegen Streik- und Boykott-erklärungen „anbahnen“ will, so ist das eine Kriegserklärung gegen die Arbeiterklasse. Solche Maßregeln „anbahnen“, heißt, in verständliches Deutsch übersezt, die Zerstörung der Reste von Koalitionsfreiheit, die Deutschland noch aufzuweisen hat.

Die ganze Welt weiß, daß die Arbeiter nicht muthwillig zum Mittel der Arbeitseinstellung greifen. Es mag hier und da vorkommen, daß ein Streik unvorsichtig und ohne genügenden Grund unternommen wird, allein solche Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Zur Arbeitseinstellung werden die Arbeiter nur getrieben durch schlechte Behandlung, durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit oder durch sonstige Mißstände. Die Herren Industriellen werden natürlich die Berechtigung eines Streiks in keinem Falle anerkennen und würden wohl am liebsten in Deutschland eine Aufwärmung der verächtlichen englischen Gejeze, nach denen jeder Streik als „Verwundung“ bestraft werden konnte, vornehmen. So weit sind wir nun noch nicht, aber wir wissen recht wohl, wohin aus unsere Industriellen wollen. Sie wollen auch Maßregeln gegen Boykott-erklärungen „anbahnen“. Wenn man sich in Deutschland noch über etwas wundern könnte, so wäre es die Dreistigkeit, mit der hier die Herren vom hohen Pferde herab thun, als bekämpften sie im öffentlichen Interesse einen Uebelstand. Der Boykott ist in Deutschland von Niemand so allgemein angewendet worden als von den Herren Großindustriellen selbst, und das ist noch heutigen Tages genau so. Die allereifrigsten Boykott-erklärungen finden sich bei dieser Unternehmungsklasse. Man denke doch nur an das „Königreich Stumm“, wo eine Zeit lang ein wahres Schreckensregiment in Form einer Reihe von Boykott-erklärungen bestanden hat und theilweise noch besteht. Neben dem öffentlichen Boykott aber

pflegen die Großindustriellen hauptsächlich den geheimen. Man hat sich nicht gekümmert, an Arbeitsbüchern und Zeugnissen geheime Zeichen anzubringen, um damit arme Arbeiter dauernd existenzlos zu machen. Später kamen dazu die schwarzen Listen und Kähnenämmer-Komplote. — Alles nur zu dem Zweck, die „unruhigen Elemente“ unter den Arbeitern lahm zu legen und ihnen ihre Existenz auf die Dauer zu schädigen, sie förmlich wirtschaftlich zu vernichten. Tausende, ja Hunderttausende von Arbeitern sind auf diese Weise wegen ihrer politischen Ueberzeugung geschädigt oder wirtschaftlich unmöglich gemacht, in's tiefste Elend gestürzt worden, und da wagen es die Herren Großindustriellen, sich als fromme Kähnenämmer zu geben, die noch nie ein Wässerlein getrübt haben und des gesetzgeberischen Schutzes gegen die „Untriebe“ der verruchten Sozialdemokratie bedürfen? Die Pose der verfolgten Unschuld steht den „Königen“ der Großindustrie aber doch so schlecht an, daß unter all den Millionen von Arbeitern sich wohl kein einziger finden wird, der sie ernst nimmt.

Der Bund will ständige Kommissionen einsetzen, die sich mit diesen Dingen zu befassen haben. Außerlich lautet dies sehr harmlos: „Einsetzung ständiger Kommissionen zur Berathung und Unterstützung der Regierung bei allen Gesetzesvorlagen, welche die Industrie berühren, ferner zur Erforschung und Erschließung neuer Absatzgebiete im In- und Auslande mit Hilfe von Agenten und Korrespondenten zur Begutachtung in allen Fragen des Konzeptionswesens und zur Förderung von Fortbildungsschulen.“

Ach, wie liebenswürdig! Sogar für die „Fortbildung“ der Arbeiter sind die Herren Industriellen besorgt! Daneben werden die ständigen Kommissionen auch noch einige andere kleine Arbeiten zu besorgen haben, nämlich die Auffertigung von schwarzen Listen und die Einreichung von Denunziationen gegen „mißliebige“ Leute. Wir kennen das schon.

Man wird also gewärtig sein müssen, daß von dieser Seite eine weitere Verschlechterung der Gewerbeordnung „angebahnt“ wird. Da werden die Fragen von der Bestrafung des Kontraktbruchs und von der schärferen Bestrafung der Verweigerung wieder auftauchen und die Großindustriellen werden die Sache so zu gestalten suchen, daß sie selber ungestraft thun können, was sie an den Arbeitern bestraft wissen wollen.

Die Arbeiter haben alle Ursache, die Schritte dieses „Bundes der Industriellen“ wachsam zu beobachten und sich zur Gegenwehr zu rüsten.

Im Ganzen gehört der Bund der Industriellen zur Signatur der Zeit. Ueberall hat man bei den herrschenden Klassen die Gedanken an soziale Reformen ausgegeben. Man hält sich selbst die Augen zu und will alle Schuld auf die Begehrlichkeit der Arbeiter schieben, statt zu erkennen, daß mit den „Reformen“ bisher nichts erreicht wurde, weil man keine ernsthaften Reformen zu unternehmen gewagt hat. Die Regierungen künftigen offen die verschärfte Anwendung der Strafgesetze gegen die Sozialdemokratie an und die Kapitalisten verschärfen den Klassenkampf.

Sollte es indeß bei den Industriellen Leute geben, die an die Bismarck'sche Weisheit glauben? Hofft man, die Arbeiter werden sich zur Verzweiflung treiben lassen und sich erheben, damit sie niedergeschmettert werden können?

Wenn man das glaubt, dann täuscht man sich. Die Bismarck'sche Großmutterweisheit gehört längst zum alten Eisen. Die Arbeiter werden mit Besonnenheit und Kraft gegen die kapitalistischen Komplote kämpfen, aber ans Messer liefern werden sie sich nicht.

(„Hamburger Echo“.)

Die deutsche Sozialpolitik im Jahre 1895.

Zum dritten Mal, so heißt es in einem sehr lehrreichen Aufsatz der „Sozialen Praxis“, schließt ein Jahrgang des Reichsgesetzblattes ab, ohne daß in ihm ein neuer Akt sozialpolitischer Gesetzgebung verzeichnet wäre. Seit der Krankenversicherungsnovelle von 1892 ist weder auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung noch des Arbeiterschutzes, noch der allgemeinen Sozialpolitik ein gesetzgeberischer Fortschritt zu Stande gekommen. So ist auch aus dem abgelaufenen Jahre im

Wesentlichen nur über Fortschritte der Verwaltung und der partikularen Gesetzgebung zu berichten.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bildete die weitere Regelung der Sonntagsruhe die wichtigste Frage. Das Arbeiterschutzesgesetz von 1891 war zwar schon am 1. April 1892 in Kraft getreten. Aber der § 105b, der die Sonntagsruhe vorschreibt, war von der Geltung ausgenommen, und sollte sie erst durch kaiserliche Verordnung erhalten. Eine kaiserliche Verordnung war erschienen, aber sie hatte nur einen halben Paragraphen, den über die kaufmännische Sonntagsruhe, in Kraft gesetzt. Unausführlich waren die Begier der industriellen Sonntagsruhe bemüht, die Nothwendigkeit immer weiter reichender Ausnahmen darzutun, unausführlich wurden von den Behörden die bezüglichen Anfragen und Rückfragen veranstaltet. Als endlich zum 1. April 1895, also drei Jahre nach dem Inkrafttreten des Arbeiterschutzesgesetzes auch die zweite Hälfte des § 105b in Kraft gesetzt wurde, war das Verzeichniß der Ausnahmen zu einem umfangreichen Aktenstücke mit 80 bis 90 Rubriken angewachsen. Kaum war dies geschehen, so erfuhr man schon, daß für die kaufmännische Sonntagsruhe an einer Rückwärtsrevision der bisherigen Bestimmungen gearbeitet werde. Und im Eisenbahnverkehr, der der gesetzlichen Regelung noch gänzlich ermangelt, werden die Sonntagsvorschriften für den Güterverkehr stillschweigend wieder in Fortfall gebracht!

Die Belastung der Gewerbeinspektoren mit der Kesselrevision ist auch in dem abgelaufenen Jahre als drückender Mißstand empfunden worden, der die Beamten der Aufgabe sozialpolitischer Aufsichtsführung fortgesetzt entzieht. Trotzdem geschieht nichts, um dem Uebelstande abzuhelfen. In dem größten deutschen Staate, in Preußen, sinkt die Gewerbeinspektion geradezu zu einem Anhängel der Kesselrevisions-Thätigkeit herab. Sozialpolitisch befähigte Personen sind von dem Amte ausgeschlossen, wenn sie nicht zufällig Ingenieure sind, die Dampfessel revidiren können. Auch die im Interesse der Gesundheit und Sittlichkeit so wohlbegünstigte Frauen-Petition, den Arbeiterinnen durch weibliche Fabrikinspektoren geeignete Vertrauenspersonen zu schaffen, hat bis auf wenige Ausnahmen in den deutschen Parlamenten nur eine abweisende Behandlung gefunden.

Die Arbeiterversicherung sollte nach ausdrücklichen Mittheilungen der Reichsregierung von dem Stillstande der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht betroffen werden. Trotzdem ist dieser Stillstand auch hier eingetreten. Die beiden Vorentwürfe, welche zur Reform der Unfallversicherung im Reichsanzeiger schon während des Vorjahres publiziert waren, hatten nachgerade alles Interesse verloren, seitdem bekannt geworden war, daß sie ohne Mitwirken des Reichsversicherungsamtes zu Stande gekommen sind. Und die Entwürfe, die der Vorsitzende des Reichsversicherungsamtes ausgearbeitet hatte, wurden auf der vom Reichsamt des Innern zusammenberufenen Konferenz wie private Arbeiten des Verfassers behandelt.

Die drei nebeneinander stehenden Organisationen der Krankenkassen, der Unfall-Vereinigungen und der Invaliden-Versicherungsanstalten, die Verschiedenheit der Prämienzahlung in Form von Klassenbeiträgen, Umlagen und Markenkassen, die Uebelstände, die namentlich mit dem letzteren System verbunden sind — alles dies hat die Ueberzeugung geradezu allgemein gemacht, daß eine Vereinfachung der Arbeiterversicherung und eine Abschaffung des Markenkassen die Voraussetzung jeder Reform sein muß. Auch in der Konferenz, deren Mitglieder doch auf das sorgsamste ausgejucht waren, ist jene Ueberzeugung zum Durchbruch gekommen.

Korrespondenzen.

Zur Beachtung! Die verehrlichen Einsender von Berichten werden ersucht, dieselben nur auf schmalem Papier und nur auf einer Seite zu beschreiben.

Hannover, Von dem Komitee des Gewerkschaftsbundes der Schweiz erhalten wir folgenden Bericht: „An der vom Bundeskomitee des Schweiz. Gewerkschaftsbundes einberufenen Konferenz zur Besprechung und Beschlusfassung bezügl. Differenzen im Brauergewerbe, waren außer dem Bundeskomitee und dem Zentralvorstande der Schweiz, Brauer-Union die Arbeiter-Unionen: Basel, Bern, Biel, Luzern, St. Gallen, Winterthur und Zürich vertreten.

Bechlüsse:

I. Es ist das Bundeskomitee in Verbindung mit dem Vorstande der Schweiz. Brauer-Union beauftragt, mit dem Vorstande des Verbandes Schweiz. Brauereien in Unterhandlung zu treten. II. Der vom Fachverein der Brauer des St. Zürich ausgearbeitete Entwurf einer Arbeitsordnung fand einstimmige Annahme und derselbe soll bei den diesbezüglichen Unterhandlungen als Grundlage für eine Schweiz. Arbeitsordnung dienen. III. Da von den Prinzipalen eine spezielle Begründung, hinsichtlich ihres absehnenden Verhaltens gegenüber dem obligatorischen Arbeitsnachweis vorlag, wurde darüber besonders debattiert und beschlossen: Es sei am Arbeitsnachweis unter allen Umständen festzuhalten. IV. Sollten die Unterhandlungen resultatlos verlaufen, so wird das Bundeskomitee mit den Arbeiter-Unionen der betreffenden Städte zum Zwecke der Ausföhrung des vom Bundeskomitee vorgeschlagenen und von den Unionsvertretern acceptierten Planes bezügl. der Anwendung des Boykotts gemeinsam vorgehen."

Zürich, den 19. Januar 1896.

Der Sekretär.

Samsdorf. Aus Luzern (Schweiz) erhalten wir folgende Zuschrift: „Erlauben Sie um Bekanntmachung der Verhältnisse und Vorkommnisse, wie sie sich im Bayerischen Brauhaus zuggetragen haben und sich noch zutragen. Es herrschen Zustände bezüglich der Behandlung der organisierten Kollegen von Seiten des Braumeisters Steinberger, welche jeder Bildung Hohn sprechen. In erster Linie ist es ihm eine Herzsünde, wenn er einen Burschen resp. Brauer durch einen Tagelöhner ersetzen kann, was schon so häufig vorgekommen, daß mehr Tagelöhner als Brauer direkte Brauereiarbeit verrichten. Abgesehen hiervon wäre es wenigstens taktvoll, wenn Eubdemann diejenigen Tagelöhner, welche die Arbeit eines Tagelöhners verrichten, mit dem gleichen Lohn vergüten würde, wie es in unserem Tarif festgesetzt ist, nämlich 6 Fr. pro Tag. Dies geschieht jedoch nicht. Diese Arbeiter müssen nämlich in der Brauerei logieren und haben Zwangsstücke, welche letztere alles an sich hat, damit nicht zuviel genossen werden kann. Mit dem Nachtlager ist es gleichfalls traurig bestellt. Der Oberbursche Geuber ist ebenfalls ein Prachtmensch. Sind ihm, der sich hinter den Coulissen gern als Freund unserer Organisation aufspielt, seitens der Gewerkschafts-Kommission doch schon die größten Schmeicheleien an den Kopf geworfen, doch vergebens. Ein Fall sei hier zur Kennzeichnung dieses „guten“ Geuber erwähnt. Nachdem es durchgesetzt ist, daß die du jour bezahlt werden muß, wandelte den „guten“ Geuber ein menschlich Mähen an. Er kann es garnicht fassen, was die armen Brauer mit der du jour-Verzütung von 6 Fr. anfangen sollen und — macht die du jour selbst, steckt natürlich auch die Verzütung ein. Nun, er hat es nötig, mußte er doch im Laufe erst 20 Fr. Strafe bezahlen, weil er sich an einem seiner Mitmenschen thätlich vergriffen hatte. Diese Art Charaktere sollten dazu beitragen, daß den uns noch Fernstehenden die Augen aufgingen, daß sie sich Schulter an Schulter zusammenscharten, um derartigen Uebergriffen wirksam entgegenzutreten zu können.“

Nalen (Württemberg). Am 12. Januar wurde hier- selbst bei dem Kollegen Henne eine gutbesuchte Brauer- Versammlung abgehalten, in welcher der Kollege Müller aus Stuttgart nochmals in kurzen Ausführungen den Werth und Nutzen des Verbandes klar vor Augen führte und dabei hauptsächlich betonte, daß nur die gute Organisation sich befinden die Lage der Brauer eine bessere sei. Die Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ließen sich alsdann auch 25 Mann in den Verband aufnehmen, so daß mit den einzelnen Mitgliedern, die schon am Orte waren, der Verein nunmehr 35—40 Mann zählt. Die Kollegen versprachen jetzt und trenn zur guten Sache zu halten. Es wurden die Kollegen Langendorfer als 1. Vorsitzender, Köhler als 1. Kassirer, Thaler als 1. Schriftführer gewählt, mit dem Bemerkten, in der nächsten Versammlung den Gesamt-Vorstand zu vervollständigen. Wir wünschen nun dem jungen Verein, daß er blühe und gedeihe zum Nutzen seiner Mitglieder. Zum Schluß brachte der Vorsitzende noch ein Hoch auf den Verband aus, in welches die Anwesenden begeistert einstimmten.

Nalen. Freitag Abend versammelte sich eine größere Anzahl Kollegen beim Kollegen Bed. Kollege Wiehle schilberte die Lage der Brauereiarbeiter. In der Diskussion ergriß Kollege M. noch das Wort und schilberte die Verhältnisse in den Brauereien in Nalen. In der Brauerei „Zum Thien“ kommen die Kollegen erst um 12 Uhr vom Keller, und um 12 Uhr gehen sie bereits wieder hinaus, wovon der Braumeister. Allgemein müssen die Arbeitsbedingungen in Nalen als sehr traurige bezeichnet werden. Hoffentlich werden die Kollegen im Verein mit den übrigen organisierten Arbeitern von Nalen alles thun, um sich ein besseres Loos zu erlangen. Ein Kollege machte noch auf die Herberge von Glöcker in Stuttgart aufmerksam und sprach die Erwartung aus, daß sich die Kollegen die Handlungsweise dieses Herrn merken möchten.

Berlin. In der Monatsversammlung vom 12. Januar war als 1. Punkt der Tagesordnung ein Vortrag des Genossen Dr. Bernstein über „Unfallversicherung“ angesetzt. Dr. Bernstein war leider nicht erschienen; ob hier persönliches Verhindern vorliegt oder ob derselbe von Seiten des dazu Beauftragten nicht richtig und zeitig genug in Kenntnis gesetzt war, wird sich ausweisen und können in Zukunft solche unliebsame Fälle vermieden werden. Unter „Innere Vereinsangelegenheiten“ bemängelte Kollege Semmer, daß die Namen der Streikbrecher vom Münchener Brauhaus, die aus dem Verbanne ausgeschlossen wurden, nicht in der Verbandszeitung veröffentlicht worden seien. Vom Vorsitzenden wurde ihm erwidert, daßdem nichts im Wege stehe,

sofern die Versammlung demgemäß beschliesse. Ein dahingehender Antrag wurde angenommen. Die betreffenden Namen sind: Adler, Marjewsky, Lüdicke, Druet, Margosky, Rudolf, Lehmann, Schick und Pühne. Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß zu diesen neun von den Kollegen über welche s. B. ein bezüglicher Beschluß behufs näherer Aufklärung ausgesetzt wurde, noch Käppler hinzukomme. Bezüglich des Klassenboten bemerkte der Vorsitzende, daß nach Einführung der Zahlstellen der ständige Klassenbote überflüssig geworden sei und möchte derselbe, wenn nötig, auf Tagelöhner beschäftigt werden. Auf Antrag Richter soll der Klassenbote zum 1. Februar gekündigt und das Weitere bezüglich der Einkassirung der Beiträge von den Zahlstellen dem Vorstand überlassen werden. Zu „Verschiedenem“ gab der Kassirer bekannt, daß von den zur Unterstützung der Familien der „eingesparten“ Kollegen Eberl und Höbe ausgegebenen Sammellisten zur Zeit 14 mit einem Betrage von 230 Mk. eingelassen sind und sollen nach Eingang der jetzt noch ausstehenden Listen noch weitere ausgegeben werden, bis das zur Unterstützung notwendige Geld zusammengekommen ist. Wie das anwesende Mitglied vom Vergütungskomitee, welches die Vorbereitungen zum diesjährigen Stiftungsfest treffen soll, berichtete, findet dasselbe in Kellers großem Saal am 28. März statt. Außerdem wurde auf Anregung des Vorstandes demselben von der Versammlung angeheimgestellt, in nächster Zeit in kurzen Zwischenräumen lehrreiche Vorträge mit darauffolgendem geselligen Beisammensein stattfinden zu lassen. Nach Schluß der Versammlung wurde für einen anwesenden arbeitslosen und fast arbeitsunfähigen Kollegen eine Telleranleihe veranstaltet (die große Mehrzahl der Kollegen war leider schon fortgegangen). Diefelbe ergab einen Betrag von 6,55 Mk., welcher dem Kollegen unverzüglich übermittelte und von diesem mit Dank angenommen wurde.

Bodrum. Sonntag, den 19. d. Mts. wurde unsere erste Monatsversammlung im neuen Jahre abgehalten. Diefelbe war sehr stark besucht und das Heymann'sche Lokal bis auf den letzten Platz besetzt. Die freudige Genußnahme hierüber konnte man auch aus den Worten des Vorsitzenden entnehmen, welcher eine kurze aber kernige Ansprache als Neujahrsgruß an die Versammelten richtete, sie auffordernd, auch im neuen Jahre voll und ganz für unsere gute Sache einzutreten. Er für seine Person wolle stets sein Bestes thun. Nun trat man in die Tagesordnung ein. Nach Erledigung einiger unwesentlichen Angelegenheiten wurde zur Gesamt-Vorstandswahl geschritten. Die alten Mitglieder wurden fast sämtlich wiedergewählt. In gleicher Weise fand die Wahl der Vertrauensmänner für die verschiedenen Brauereien statt. Bei dieser Gelegenheit ergriß Kollege Sch. das Wort und ermahnte die Anwesenden, auch voll und ganz ihr Pflicht zu thun und dafür zu wirken, daß in absehbarer Zeit sämtliche Brauereiarbeiter dem Verbanne angehörten. Unsere erste Pflicht sei es, den Berufsunkel fallen zu lassen und uns selbst als Arbeiter zu fühlen, dann würden auch die Hilfs- und sonstigen Berufsarbeiter eher in unsere Reihen eintreten. Ferner führte er aus, daß auch die Kollegen bei der Arbeit und unter sich der Prinzipien des Verbandes stets bewußt sein möchten, auch müsse man sich gegenseitig aufklären und geistig heben, dann könne von wirklicher Kollegialität gesprochen werden. Als unsere höchste Pflicht bezeichnete Redner das Halten und Leiden einer Arbeiterzeitung; dann werde es bei manchem Kollegen leicht werden, der heute noch im Dunkeln wandle. Unter „Verschiedenem“ wurden Klagen laut über ungerechte Entlassungen in der Brauerei Zengerling in Wanne. Ob der dortige Oberbursche es für rühmenswerth hält, Mitarbeiter wegen eines kleinen Vergehens auf's Pflaster zu werfen? Wir möchten ihm nur rathen, in Zukunft etwas mehr daran zu denken, daß er auch nicht immer Oberbursche war, und es gefährlich ist, mit dem Feuer zu spielen. — Die Abhaltung eines Fastnacht-Kränzchens wurde abgelehnt mit dem Hinweis auf ein später abzuhaltendes größeres Vergnügen. — Genosse Wolf ließ hierauf das alte Jahr Revue passieren und gedachte der Kämpfe und Drangsalirungen, welche die Arbeiterschaft in demselben zu erdulden hatte. Im neuen Jahre werde es nun kein Haar besser sein und aus diesem Grunde müßten wir gerüstet dastehen. Es genüge nicht allein, sich gewerkschaftlich zu organisiren, sondern wir müßten auch die politische Organisation stärken, damit wir Männer in den Reichstag jenden, welche ein Herz für die Arbeiter haben und auf die Gesetzgebung so einwirken, daß wir die wenigen Ertragsüberschüsse auch festzuhalten im Stande seien. Gingen unsere politischen Rechte verloren, so wäre an eine Gewerkschaft erst recht nicht mehr zu denken. Reicher Beifall dankte dem Redner für seine klaren Ausführungen. Nach Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende um 7 Uhr die imposante Versammlung.

Dortmund. In Nr. 50 unserer Zeitung brachten wir eine Notiz über die Brauerei Lehmkühl, welche eine Erwiderung des zc. Hahn in Nr. 2 der Bundesstunde zur Folge hatte. Da es für unsere Kollegen von Interesse sein wird, den wahren Sachverhalt kennen zu lernen und aus den Folgen die Kollegen sehen können, wie das wahre Gesicht des heutigen Arbeitgebers aussieht, so wollen wir den richtigen Sachverhalt kurz klarlegen. Ungefähr zu Anfang August wurde H. bei Lehmkühl eingestellt. Bald darauf bemerkten die Kollegen, daß der Herr Braumeister Empting über alle Vorgänge, die im Schäländer und überhaupt im Geschäft passirten, ganz genau unterrichtet sei. Zugleich bemerkten sie, daß H. nach Feierabend jedesmal in die Portierbude ging und dort oder vor dem Thore vertraute Gespräche mit dem Braumeister hatte. Kam er dann herauf, so erzählte er großartig, der Braumeister hätte ihn nach diesem oder jenem gefragt, was derselbe mache und wie derselbe bei der Arbeit wäre. Dies ging soweit, daß der Oberbursche zu dem Burschen äußerte, daß, wenn der Herr Braumeister etwas über jemand wissen wollte, er doch wohl dafür da sei. — Natürlich verknüpfte dieses

Treiben des H. die Kollegen sehr, so daß sich eines Tages der Vertrauensmann des Vereins deutscher Brauereigenossen auf der Brauerei Lehmkühl veranlaßt sah, nach einem Wortwechsel dem H. in der handgreiflichsten Art und Weise seine Meinung hinter die Thüren zu schreiben und ihn zur Thür hinaus zu befördern. H. ließ diese Prozedur wie ein Schulbube über sich ergehen, da er derartige Vorkommnisse schon von früher gewohnt ist (Kredel warf ihn im Jahre 1889 schon wegen Krakehlerei hinaus). Die Kollegen haben überall eine eigenartige Auffassung von seinem Thun und Treiben gewonnen. Ein Bundesmitglied gab dem H. nun den wohlgemeinten Rath, auszuspannen, da von einem ferneren Zusammenarbeiten doch wohl kaum die Rede sein könne. H. fühlte sich jedoch hierzu noch nicht veranlaßt, sondern hätte ruhig weiter angehoben, wenn ihm nicht das Malheur passirt wäre, in Folge von viel genossenen Gerstensaft, den Schläschalander fürchterlich zu verunreinigen. Jetzt spannte er nolens volens aus. — Augenblicklich erfreut er Mülheim a. d. R. (Zbing) mit seiner Anwesenheit. Mögen ihm die Kollegen die gebührende Beachtung schenken. — Als nun die Erwiderung in der Bundesstunde kam, sah sich der Kollege L. veranlaßt, um ein paar Stunden Urlaub zu bitten, um Strafentwurf gegen H. wegen Verleumdung zu stellen. Als der Kollege L. wieder kam, kam der Herr Braumeister sofort in den Keller und fragte den L. in der höhnlichsten Art und Weise, ob er den H. verklagt hätte. Als der Kollege, der sehr richtigen Meinung war, daß dies doch seine Sache wäre, nannte ihn der Herr Braumeister einen „Schafstopf“ und „Vaguer“. Da der Kollege in Erinnerung einiger Begebenheiten Bedenken äußerte, wer wohl von ihnen beiden am wahrheitsliebsten sei, sagte der Braumeister, er sollte machen, daß er hinauf käme. Natürlich leistete dieser Folge. — Ein anderer Kollege wurde in Anbetracht, daß er sich erlaubt hatte, eine früher gemachte Äußerung des Herrn Braumeisters über die „Kothsen“ zu kolportieren und dies dem Herrn Braumeister schon deswegen, weil das Gewerkschaftsartikel in der betreffenden Sache mit einwirkte, sehr unangenehm war und weil er angeblich zu viel ausgehe, entlassen. Um die Stelle dieser beiden Kollegen zu besetzen, wurden die beiden Bierfieder (Bundesmitglieder) aus dem Sudhause herausgenommen und hierfür Hilfsarbeiter eingestellt. Zugleich wurde dem einen Bierfieder mitgetheilt, daß Herr Lehmkühl sämtliche valant werdenden Burschenstellen von Hilfsarbeitern besetzen würde. Diese Handlungsweise müßte doch selbst den blödesten Menschen zum Nachdenken bringen. Hier kann es sich ja nicht um einen Nachhaft kapitalistischer Ausbeuter handeln, da ja die Brauburschen des Herrn Lehmkühl mit einer Ausnahme Mitglieder des hiesigen Bundesvereins sind. Was aber mag sonst die Ursache dieser Maßregel sein? Nun, nichts weiter als die Sucht nach Gewinn. Der ungelernete Arbeiter, der gegen den gelehrten Arbeiter ausgespielt wird, ist es, der hier benutzt wird, um als Lohndrucker zu fungieren. Ist es doch fast immer der ungelernete Arbeiter, der bei den Klämpfen um bessere Arbeitsbedingungen den gelehrten Arbeitern hindernd in den Weg tritt. Darum muß es vor allen Dingen unsere Aufgabe sein, den ungelerneten Arbeiter für uns zu gewinnen. — Jetzt noch einige kleine Charakterzüge des Herrn Braumeisters. Zunächst sei erwähnt, daß er es fertig gebracht hat, Herrn Lehmkühl vorzuspiegeln, daß die Burschen ihn hinausbringen wollten, so daß, als der Oberbursche Herrn Lehmkühl meidete, die Burschen möchten ihn gern in corpore sprechen, er diese nicht einmal vorließe. Was für Gründe der Braumeister Herr Lehmkühl für diese Annahme angegeben hat, ist uns vollständig unklar. Die Bundesmitglieder dürfen doch überhaupt nicht solche losen Gedanken haben und wir? Nun wir wünschen im Interesse unserer Sache, daß der Herr Braumeister Empting noch recht lange bei Herrn Lehmkühl das Szepter schwingt, waren wir doch schon im Zweifel, ob wir den Herrn Braumeister für seine thätige agitatorische Leistung nicht zum Ehrenmitgliede ernennen wollten. — Neugierde scheint auch eine Tugend des Herrn Braumeisters zu sein, denn er hegt stets ein unerbittliches Interesse für die Briefschaften, die der Postbote bringt. Zu Anfang des Quartals hatte ein Kollege den „Vorwärts“ bestellt, als er dies hörte, wäre er bald bis zum Eintreffen desselben vor Ungeduld geplagt. Jeden Morgen war seine erste Frage nach diesem Schrecken der Ordnung und Sitte. Wie er Verbandsmitglieder behandelt, beweist folgender Vorgang: Ein Verbandsmitglied und ein Vereinsmitglied hatten jeder einen Samstag Nachmittag gefehlt. Das Verbandsmitglied war krank, das Bundesmitglied verweist. Der Herr Braumeister sagte nun zu dem Bundesmitgliede, er würde ihm den halben Tag bezahlen, sollte aber nichts dem anderen jagen, da dieser ihn nicht bezahlt erhielt. Der Kollege war aber ehrlich genug, dem Andern diese Äußerung mitzutheilen. Herrn Lehmkühl muß es übrigens zur Ehre nachgesagt werden, daß er, nachdem er den wahren Sachverhalt erfuhr, die Summe anstandslos herausbezahlte. Natürlich ärgerte sich der Braumeister grimmig, daß er so blamirt war. Eigenthümlich ist es, daß diese Herren angeichts solcher Thatsachen noch immer von ihrer Unparteilichkeit zu sprechen wagen! — Kollegen! Aus dem Angeführten könnt Ihr ersehen, wie es mit der vielgesprochenen „Harmonie“ und dem „guten Einvernehmen“ in Dortmund bestellt ist. Angeichts dieser Thatsachen kann doch kein vernünftiger Mensch daran denken, daß ein Zusammengehen von Kapital und Arbeit möglich ist. Darum, Kollegen, rafft Euch endlich auf und zeigt, daß Ihr Männer seid, die nicht geneigt sind, sich der schrankenlosen Willkür eines solchen Braumeisters zu fügen. Nur in der Eintracht liegt die Macht, darum, Kollegen, schließt Euch der Organisation an, um solchen schrankenlosen Uebergriffen wirksam begegnen zu können.

Eisenach. Am Sonntag, den 19. Januar, wurde im Gasthof „Zum frohlichen Mann“ eine Versammlung der in Eisenach beschäftigten Brauer, Böttcher u. s. w.

gehalten. Dieselbe war gut besucht und wurde von einem Mitglied der Gewerkschaftskommission eröffnet. Von einem anderen Mitglied dieser Kommission wurde nochmals auf die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen. Sämmtliche Anwesenden waren voll und ganz mit diesen Ausführungen einverstanden und konnte namentlich zur Gründung des Zweigvereins geschritten werden. Bei der gestern vorgenommenen Vorstandswahl wurden die von der Versammlung vorgeschlagenen Herren gewählt. Dieselben nahmen die Wahl mit dem Versprechen an, für den Verband zu wirken. Bemerkenswert sei noch, daß der junge Zweigverein 35 Mitglieder zählt, mithin den größten Theil der in Eisenach arbeitenden Kollegen in seiner Mitte hat; der bisher hier bestehende Brauerverein „Gambrius“ ist in unsere Reihen eingetreten. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen. Hoffen wir, daß sich die noch wenigen nicht organisierten Kollegen Eisenachs dem Verband bald anschließen werden.

Heidenheim. Am Sonntagabend sprach Kollege Wiehle hier vor einer Anzahl Kollegen über das Thema: „Die Lage der Brauer“. Durch die Bemühungen des Gessenen Begler ist es gelungen, eine Anzahl Kollegen für den Verband zu begeistern, und ließen sich in der Versammlung wiederum 4 Kollegen aufnehmen. Nach einigen begeisterten Worten der Kollegen K. und Begler wurden die Versammelten auf den Streik der Kollegen und die Herberge des Herrn Glöckler in Stuttgart aufmerksam gemacht. Nach längerem Beisammensein wurde sodann die Versammlung geschlossen. — Sehr traurig sieht es auch hier mit der Lage der Brauer aus. Bei 14- bis 16stündiger Arbeitszeit ohne Einhaltung der Sonntagsruhe werden noch Löhne von 2 Mark und die Kost pro Woche bezahlt.

Sildesheim. Statistische Erhebung über die niedersächsischen Malzfabrik von H. Butte. In engeren Betrieben sind 1 Oheimälzer, 2 gelehrte und 3 Hilfsarbeiter beschäftigt, davon sind organisiert 3 gelehrte und 1 Hilfsarbeiter. Arbeitszeit dauert von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends inkl. 2 1/2 Stunden Ruhepausen. Der Lohn beträgt pro Woche 18 Mk. für gelehrte und 15 Mk. für Hilfsarbeiter. Jede Ueberstunde wird mit 30 Pfg. vergütet, für Nachtaufgaben wird nichts bezahlt, im Gegentheil werden noch 50 Pfg. abgezogen, wenn einer Nachts nicht zum Hauswiddern kommt. Es besteht hierbei die Gefahr, verhaftet zu werden, da die Kollegen über ein 2 Meter hohes Staket steigen müssen, weil sämmtliche Leute auswärtig schlafen, wofür freilich nichts vergütet wird. In demselben Geschäft befindet sich auch ein tauber Hilfsarbeiter, welcher pro Woche 6 Mark verdient, dazu kommt noch ein Gnadengeschenk vom Prinzipal in Höhe von 6 Mark pro Woche. Der Aufenthaltsort in den Ruhepausen ist eine mit Brettern verschlagene Ecke und befindet sich auf der Malzstern, auch läßt derselbe an Sauberkeit viel zu wünschen übrig, da die Reinigung Niemandem übertragen ist. Ein gelehrter Arbeiter, welcher im Geschäft schlafen muß, versteht zugleich auch Nachwächterdienste. Der Schlafraum läßt sehr viel zu wünschen übrig, das Bett besteht aus einem eisernen Gestell, einer Matraze, welche mit Recht den Namen Brett verdient, und einer wollenen Decke; Bettwäsche war bis vor Kurzem überhaupt nicht vorhanden. Um sich ein menschenwürdiges Lager zu bereiten, stellt der betreffende Kollege sein Federbett selbst, für die Sauberkeit muß er auch sorgen; hat der betreffende Kollege Nachtschlaf nicht gehabt und will sich tagsüber zur Ruhe begeben, so ist dies unmöglich, weil der Schlafraum sich unter der Malzputzmaschine befindet und auch noch andere Arbeit darin verrichtet wird. Die Behandlung von Seiten des Herrn Besitzers läßt zu wünschen übrig; sind die Malzer fertig mit ihren 90 Zentner-Haufen, so heißt es gleich los auf den Boden. Um sein gutes Einvernehmen mit seinen Arbeitern zu zeigen, hat er zu Weihnachten pro Mann 14 Stück Zigarren verabreicht, 2,50 Mk., welche einem Hilfsarbeiter abgezogen worden sind, weil er einen Tag gefehert hat, sollten zur Vertheilung unter die übrigen Arbeiter kommen. Bis jetzt hat aber noch Niemand etwas erhalten.

München. Eine überfüllte Gewerkschaftsversammlung, darunter ca. 800 Brauer, fand am Donnerstag Abend im großen Saale des „Orpheum“ statt. Kollege Wiehle referirte über den „Klassenkampf der Arbeiter“. Den ganzen Entwicklungsgang der Produktionsmittel schildern, führte Redner die Kluft zwischen Lohnarbeit und Kapital den Zuhörern vor Augen. Dieser Angriffskampf des Kapitals gegen die Arbeiter fordere die Arbeiter immer mehr heraus, sich in Abwehr zu setzen und den Klassenkampf zu organisieren. Die privatkapitalistische Produktionsform sei auf Ausbeutung aufgebaut, und es gelte, dieser zu Leibe zu gehen. Der Klassenkampf scheide sich in zwei Theile: den gewerkschaftlichen, der auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsform dem Arbeiter Verbesserungen der Daseinsbedingungen erkämpfen solle und den politischen Kampf, der sich die Befreiung der kapitalistischen Produktionsform zur Aufgabe gemacht habe. Die Klassengegensätze erforderten, daß die Arbeiter davon überzeugt würden, daß eine Interessenvertretung notwendig sei. Nachdem hierauf der Referent das gewerkschaftliche Wirken geschildert und auch auf die Nothwendigkeit der politischen Organisation hingewiesen hatte, schloß derselbe seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. In der regen Diskussion wurde von allen Rednern darauf aufmerksam gemacht, daß die bereits organisierten Leute nur thätige Mitglieder sein müssen. Unermüdliche Agitation und Organisation sei notwendig, um die Arbeiter aus der wirtschaftlichen und politischen Knechtschaft zu befreien. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Speier. Die am 12. Januar von 60 bis 70 Mitgliedern besuchte Versammlung wählte, da Kollege Frank sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hatte, den Kollegen A. Schneider zum Vorsitzenden. Nach Aufnehmen neuer Mitglieder und Verlesung des Klassenberichts wurde Kollege

Schent als Vertrauensmann gewählt. Die Reiseunterstützung und Auszahlung wurde geregelt und über mehrere interne Angelegenheiten gesprochen. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung. Es soll in nächster Zeit wiederum eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung stattfinden.

Stuttgart. Am Dienstag Abend 8 Uhr, fand eine öffentliche Brauerverversammlung statt. Nach Wahl eines Kassiers hielt Kollege Wiehle ein Referat: „Volkswirtschaftliche Rundschau über das Brauereigewerbe“. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Debatte, namentlich über die Sonntagsruhe, an. Man war allgemein der Ansicht, daß die Brauereien das nicht einhalten, was von der Sonntagsruhe noch übrig geblieben ist nach den Ausnahmegesetzungen, welche den Brauereien gewährt wurden. Deshalb sollten alle Kollegen einmal für einige Sonntage feststellen, wie lange sie am Sonntag und zwar bereits von 12 Uhr Nachts an bis wiederum 12 Uhr Nachts arbeiten, damit die Brauereien angegangen werden, den Brauereiarbeitern jeden 4. Sonntag freizugeben. Nachdem noch einige Kollegen auf die kleinen Schilfen, die nach dem Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen eingetreten seien, aufmerksam gemacht hatten, schloß der Vorsitzende die zahlreich besuchte Versammlung.

Traunstein. Mittwoch, den 15. Januar, fanden sich in der Nachbrauerei eine größere Anzahl Kollegen zusammen. Nach einer Begrüßung des Vorsitzenden erörterte Kollege Wiehle in kurzen Zügen die Verhältnisse in unserm Gewerbe und die sich daraus ergebende Nothwendigkeit der Organisation. Am Schluß dankte Redner für den freundlichen Empfang und ermunterte die Anwesenden, in echt kollegialischer und solidarischer Weise zusammen zu halten. In heiterer Stimmung wurden noch einige Viertelstunden verbracht. Hoffen wir, daß die Zahlstelle Traunstein auf der betretenen Bahn zum Segen ihrer Mitglieder weiter wandelt.

Ulm. 60-70 Kollegen fanden sich am Sonntag zu einer Versammlung im Stern ein. Kollege Wiehle schilderte in beredten Worten die Lage der Brauer. Besonders hob er hervor, daß die äußerlich religiösesten Unternehmer ihre Leute am schlechtesten behandelten und das Gesetz mit Füßen träten. In Schlesien, Bayern, Ostpreußen, Posen, Rheinland und Süddeutschland schalteten die Brauereibesitzer am willkürlichsten. Das Gesetz über die Sonntagsruhe sehe nur auf dem Papier. Trotzdem den Unternehmern die weitgehendsten Ausnahmegesetzungen gegeben seien, wolle man dem Arbeiter auch noch das bisherige Sonntagsruhe verkümmern. Wache eine Organisation nicht in der peinlichsten Weise über deren Innehaltung, so sei die Sonntagsruhe für die Arbeiter illusorisch. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage sprachen sich in der Diskussion verschiedene Kollegen für den Anschluß an den Verband aus, und ließ sich eine größere Anzahl sofort in denselben aufnehmen. — Wir begrüßen die Kollegen von Ulm zum zweiten Mal in unseren Reihen mit dem Wunsch, daß sie von nun an treu und mit Ausdauer gemeinsam mit uns um bessere Daseinsbedingungen kämpfen möchten, so wie es ihre Pflicht ist. Ihm sie dies, so wird ihr trostloses Dasein sich gewiß zu einem besseren gestalten.

Gingslandt.

Durlach, im Januar 1896.

Es ist die höchste Zeit, daß sich auch die Kollegen, sowie alle Brauereiarbeiter von Durlach die in kleineren Brauereien arbeiten, der Organisation des Zentralverbandes anschließen. Traurig sieht es aus in den kleineren Brauereien Süddeutschlands, und da steht Durlach vor allen Dingen oben an. Die unregelmäßige Arbeitszeit im Sommer ist empörend. Um 4 oder 5 Uhr früh wird in den Keller gefahren, 8 Uhr, oft auch später wird es, bis die Kellerburschen nach Hause kommen, um den Kaffee einzunehmen; das Frühstück erfolgt oft erst um 11 Uhr und auch später, ebenso steht es mit dem Mittagessen. Von Mittagessenszeit ist in 5 kleineren Brauereien keine Rede, Besper, wie es die Zeit erfordert, Nachtsessen unbestimmt und zwar, je nachdem Feierabend ist. Von Sonntagsruhe ist nichts zu spüren, da wird bis Mittag und noch länger gearbeitet, und das bei einem Lohn von 32-40 Mark pro Monat, der aber noch nicht einmal von allen Brauereien gezahlt wird. Dazu noch meistens eine schlechte Behandlung. In einer hiesigen Brauerei wurde 5 Tage hindurch kein Bett gemacht, jedoch den betreffenden Burschen nichts anderes übrig blieb, als diese Arbeit und das Aussegn selbst zu verrichten. Als ein Bursche dies Abends meldete, wurde er von der Frau noch mit Grobheiten überhäuft. In einer Brauerei B. wurde kürzlich ein Kollege, durch einen Fall von der Leiter, krank, als er wieder geheilt war und sich meldete, war seine Stelle besetzt. Setzt sollte er die Pferde und das übrige Vieh füttern. Kollegen, es liegt an Euch selbst, alle diese Mißstände zu beseitigen. Es ist sehr traurig, wenn man sieht, wie wenig Interesse manche Kollegen an den Tag legen. Darum auf, Kollegen, es ist noch Zeit, ertret alle in unsere Reihen, dann werdet Ihr sehen, daß auch die in den kleineren Brauereien beschäftigten Arbeiter ein besseres Loos erhalten. Schließt Euch fester an die Kollegen Karlsruhe's, dann werdet Ihr sehen, daß es sich ändert. Ohne Organisation keine Besserung. K. St.

Bekanntmachung.

Am 16. Februar hält die Gewerkschaft der Bierbrauer und verwandten Berufsgeossen in den Kapuz-Sälen, Eggenbergerallee, (in der Nähe des Südbahnhofes) ihre ordentliche Generalversammlung ab. 1/10 Uhr Vormittags: Vorbesprechung und Kandidaten-Ausstellung. Um 1/2 Uhr: Beginn der Generalversammlung. Sämmtliche Delegirten haben bei der Vorbesprechung, sowie bei der Generalversammlung zu erscheinen. Die

Zahlstellen haben je einen Delegirten zu senden. Die Delegirten fahren auf Vereinskosten.

Graz, im Januar 1896.

Peter Frupertinger, Obmann.

Vermischte Nachrichten.

— Die Bierfabrikation in Hamburg kann trotz Zunahme der Bevölkerung keinen Aufschwung verzeichnen. Nach der Statistik des Deutschen Reiches waren in Hamburg 1892/93 im Staatsgebiet 31 Brauereien im Betrieb; im folgenden Etatsjahre sank die Zahl auf 27 und im Jahre 1894/95 ging die Zahl auf 23 zurück. Eine Abnahme der Brauereien bei steigender Produktion ist schon seit langer Zeit im ganzen Reiche beobachtet worden. Die technischen Vortheile der großen Brauereien sind so bedeutende, daß die kleinen Unternehmungen nothwendig verschwinden müssen. In Hamburg stellt sich die Bierproduktion in den drei genannten Etatsjahren wie folgt:

	Obergähriges	Untergähriges	Ueberhaupt
1892/93	169 130	476 537	645 667
1893/94	135 097	551 027	686 124
1894/95	101 852	498 516	600 368

Die Abnahme des obergährigen Bieres ist konstant, und scheint es fast, daß dieses mit der Zeit ganz verschwinden wird. Aber auch die Abnahme der Produktion an untergährigem Bier im letztgenannten Jahre ist bemerkenswerth. Während im ganzen Brauseuergebiet die Produktion an untergährigem Bier um 1049 hl stieg, hat Hamburg eine Abnahme von 55 481 hl, das sind 10 Proz. der Jahresproduktion im Vergleich zum Vorjahre, aufzuweisen. Sucht man nach den Ursachen dieser Erscheinung, dann giebt uns die amtliche Statistik auch einen Fingerzeig. Hamburg gehört zu den Steuerbezirken, in welchen das schlechteste Bier gebraut, d. h. am wenigsten Getreide und Reis zum Bier verwendet wird. Nur Mecklenburg, Schlesien und Schleswig-Holstein verbrauchen noch weniger Getreide, jedoch ist in diesen Bezirken der Verbrauch an obergährigem Bier größer als in Hamburg. Während in Ostpreußen und Hohenzollern 23 1/2 Kilo Getreide und Reis zu einem Hektoliter Bier verbraucht werden, sind die Hamburger Bierfabriken im Stande, aus 17,54 Kilo einen Hektoliter solcher Flüssigkeit herzustellen, die sie unter dem Namen Bier in den Handel bringen. Unsere Brauer versichern alle, daß sie nach den Vorschriften des bayerischen Braugesetzes ihr Bier herstellen, während die amtliche Statistik in dem kürzlich erschienenen Vierteljahrsheft behauptet, daß in Hamburg 2079 Doppelzentner Reis, 1102 Doppelzentner Zucker, 18 Doppelzentner Syrup und 780 Doppelzentner sonstige Malzsurrogate zur Bierfabrikation verwendet worden sind. In den letzten drei Jahren ist jedes Jahr einer der wenigen noch vorhandenen „surrogatlosen“ Brauer aus Hamburg verschwunden. Während 1893/94 noch fünf hiesige Brauereien keine Surrogate verwendeten, ist im folgenden Jahre die Zahl auf vier zurückgegangen. Die amtliche Statistik behauptet, daß von den 23 Hamburger Brauereien 19 Surrogate verwendet haben. Nur Bremen und Lübeck sind in der massenhaften Verwendung von Surrogaten Hamburg noch über, aber die beiden Schwesterrepubliken frauern auch nicht so stark mit dem Getreide, denn auch an Getreide gebrauchten sie zwei Kilo mehr zum Hektoliter Flüssigkeit als die Hamburger. Scheinbar haben sich die Hamburger Bierfabriken etwas gebessert; während 1892/93 nur 16,51 Kilo Getreide und Reis zum Hektoliter gebraucht wurden, stieg das Quantum im folgenden Jahre auf 17,06 und im letztgenannten Jahre auf 17,54 Kilo. Diese Besserung ist nur eine scheinbare, denn im ersten Jahre waren 24 Proz., im folgenden 20 Proz. und im letzten Jahre 17 Proz. der fabrizierten Flüssigkeit von dem leichten obergährigen Bier. Wenn sich so unsere Bierfabriken bemühen, die zum Bier nöthigen Bestandtheile zu sparen, dann müssen sie sich gar nicht wundern, wenn der Hamburger Konsument dem eingeführten Bier den Vorzug giebt. Nicht selten sagen unsere Bierhändler: „Es ist Einbildung, wenn Leute behaupten, daß in anderen Gegenden Deutschlands besseres Bier hergestellt wird,“ aber daß auch die amtliche Statistik an dieser „Einbildung“ leidet, wird kein Mensch behaupten wollen. Zur Bruston sittlicher Entrüstung verwahrten sich die hiesigen Bierfabrikanten gegen den Verdacht, daß sie „mantschen“. Nun kommt das Statistische Amt mit den von der Steuerbehörde erhaltenen Zahlen und unterstützt diejenigen, welche den Vorwurf der Mantscherei erhoben. Da darf man doch die Frage aufwerfen: „Wollen die Brauer nicht — gestützt auf ihre von den Chemikern erhaltenen „Zeugnisse“ — eine Klage gegen die Steuerbehörde und das Statistische Amt anstrengen oder fürchten sie, die Behörden können den Beweis der Wahrheit für den Vorwurf der Mantscherei erbringen?“ In dem Tage, an welchem die hiesigen Brauereien in den statistischen Nachweisen aus der Rubrik verschwunden, in welcher die Brauereien aufgeführt sind, welche Surrogate verwenden, werden die Zeugnisse der Chemiker überflüssig. Behauptet aber die Steuerbehörde, daß 19 von den 23 Bierfabriken Hamburgs Surrogate verwenden, dann haben selbst die „surrogatlosen“ Brauer unter der Manipulation ihrer „surrogatreichen“ Kollegen zu leiden und vor Allen leidet schließlich auch das ganze hiesige Brauereigewerbe, das bisher immer noch recht nette Dividenden unter die Aktionäre vertheilte.

— Ueber den Begriff geschlossene Gesellschaft

pflegen Schöffens-, Land- und Kammergericht in Berlin Berathung. Ein Verein von 18 Mitgliedern hatte am ersten Weihnachtstfesttag 1894 ein Vergnügen veranstaltet und dazu alle früheren Mitglieder des Vereins mit Familien geladen, ebenso waren die Musiker und die Mitglieder eines Gesangsvereins mit Familienangehörigen erschienen, im ganzen gegen 200 Personen. Die Polizei gab ihre Erlaubniß unter der Bedingung, daß nur ernste Stücke aufgeführt und

Abends 11 Uhr Schluß eintreten. Die Arrangeure kehrten sich nicht daran und ließen sogar von 1 Uhr Nachts bis früh 5 Uhr tanzen. Schöffen- wie Landgericht verurtheilten daraufhin den Vorsitzenden wie Gastwirth. Das Kammergericht fand aber, daß das Tanzvergnügen nicht am 25. Dezember, an welchem Tage das Tanzen bekanntlich verboten ist, sondern am 26. stattgefunden habe, ferner sei der Charakter der privaten Gesellschaft nicht dadurch aufgehoben, daß Gäste zugelassen werden, sofern dieselben eingeladen und von ihnen kein Eintrittsgeld erhoben würde. Aber verurtheilt wurden die Angeklagten doch, weil sich drei Leute als Zeugen fanden, die zufällig in das Lokal getreten und da keine Kontrolle mehr stattfand, auch am Tanze theilnahmen. Durch diese drei Ungerufenen wurde das Vereinsvergnügen eine öffentliche Lustbarkeit.

Zu früh gefreut haben sich alle, welche die Nachricht gelesen, daß auf der kaiserlichen Werft in Danzig die achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Die Direktion der Werft macht bekannt, daß die Nachricht falsch sei. Es bleibt also beim Alten und wahrscheinlich auch so lange, bis die Mehrheit der Arbeiter selbst von der Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeit überzeugt ist.

Aus dem Verhältniß des Steinkohlenbergbaus in Oberschlesien erfahren wir, daß im Jahre 1894 dort bei 52300 Arbeitern überhaupt 5400 Frauen und Mädchen beschäftigt waren. Die Folge davon ist die Herabdrückung der Löhne — laut amtlicher Statistik pro 1893 verdiente ein Bergmann im Durchschnitt 661 Mark — und die Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden. In Saarbrücken und Niederschlesien kennt man die Frauenarbeit fast gar nicht, daher betragen die Löhne 925 bezw. 729 Mark und die Arbeitszeit 9 bezw. 10 Stunden, in Dortmund sind gar keine Frauen beschäftigt, der Lohn beträgt 946 Mark, die Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Diese Ziffern reden eine deutliche Sprache, jede anderweite Bemerkung würde sie nur abschwächen.

Schwarze Listen. Mit welcher Ungenirtheit sich die Unternehmer über die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung hinwegsetzen, zu einer Zeit, wo man mit Hilfe der Rechtsprechung den Arbeitern das ihnen gelegentlich zustehende Koalitionsrecht zu rauben sucht, lehrt ein Vorgang in Plauen. Dort war im Vorjahre ein Maurerstreik ausgebrochen, aber zum Nachtheil der Arbeiter ausgefallen, nicht ohne daß die Sieger den Unterlegenen Rache für ihre „freventliche“ Auflehnung gegen den heiligen Profit geschworen hätten. „Wir wär'n uns die Brüd'r scha mer'n“, sagten sie nach Beendigung des Streiks. Der Bequemlichkeit wegen haben sie dann eine schwarze Liste aufgestellt, in welcher alle diejenigen aufgezeichnet sind, die sich an der Lohnbewegung des Jahres 1895 betheiligelt haben. Diese schwarze Liste enthält: 305 Maurer, darunter 12 Anführer, 2 Hauptanführer und 2 Maitoren, 56 Handarbeiter, darunter 1 Anführer und 3 Frauen! sowie 5 Zimmerleute. Die Hauptanführer sind einfach die Agitatoren und zur besseren Kennzeichnung sind die Namen derselben doppelt unterstrichen. Daneben ist auch noch der zuletzt gezahlte Stundenlohn angegeben, welcher mit ganz wenig Ausnahmen 28 und 29 Pfg. beträgt; bei zweien der Gezeichneten steht noch dahinter: nicht werth — bezw. — keine 25 Pfg. werth. — Das scheinen schlechte Arbeiter zu sein. Die Liste ist alphabetisch geordnet, bei jedem Buchstaben ist Raum gelassen für Nachträge, ein Beweis dafür, daß diese schwarze Liste dauernd fortgeführt, resp. alljährlich erneuert werden soll.

Boycott im Mittelalter. Es ist ein Irrthum, anzunehmen, wie es häufig geschieht, daß der Boycott

neuesten Ursprungs ist, und daß die Irländer damit den Anfang gemacht haben. Geboycottet wurde stets, soweit die Geschichte reicht; nur seitdem die Arbeiter dieses Mittel anwenden, merkt man erst, welche gewaltige Macht diese Waffe jenen verleiht, die sich ihrer bedienen. Das Konzil von Tours, das 1163 abgehalten wurde, erließ bereits folgendes Dekret: „Wir befehlen allen Bischöfen und Priestern, ein wachsames Auge auf die Kezer zu haben und allen Deuten bei Strafe der Exkommunikation zu verbieten, sie zu bewirthen, ihnen zu helfen oder mit ihnen zu handeln, damit sie so, indem ihnen die Wohlthaten der Gesellschaft entzogen werden, gezwungen werden, ihren Fehler zu bereuen. Und wer immer versuchen sollte, sich diesem Dekret zu widersetzen, soll von demselben Anathema betroffen werden.“ — Daraus ist zu schließen, daß die katholische Kirche das Recht zum Boykotten damals schon anerkannte, und zwar in derselben Form, wie es heute geübt wird, es ist deshalb höchst unlogisch, daß der Papst es heute verdammt; es beweist, daß selbst die katholische Kirche ihre Traditionen vergißt, wenn es sich um den heiligen Geldsack handelt.

Die österreichische Gewerkschafts-Kommission vereinnahmte im Jahre 1895 an Beiträgen 8246 Gulden, 3518 mehr als im Jahre vorher, und an Streikgeldern 9537 Gulden. Die Ausgaben bezifferten sich auf 17005 Gulden, außer für die Streiks, worunter den höchsten Betrag die Ziegelarbeiter Wiens mit 4000 Gulden empfingen, wurden 1921 Gulden für Agitation und 1321 Gulden zur Unterhaltung des Korrespondenzblattes „Die Gewerkschaft“ gebraucht.

In Rußland ist das Gefängnißwesen dem Ministerium des Innern entzogen und dem Justizministerium unterstellt worden, eine Reform, die in Deutschland seit fünfzig Jahren zu den frommen Wünschen aller liberalen Parteien zählt. Ferner wurde den Generalgouverneuren, Gouverneuren und Stadthauptleuten das Recht genommen, „politisch unzuverlässige“ oder andere Personen nach Belieben auszuweisen zu können, sie haben ihre diesbezüglichen Wünsche einer ministeriellen Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Versammlungs-Kalender etc.

- Malen.**
Die Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat statt. Richtmeh halber findet die nächste Versammlung erst am 9. Februar statt.
- Arnstadt i. Th.**
Unsere Monatsversammlungen finden regelmäßig jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal „Zur Erholung“ statt.
- Barmen.**
Sonntag, den 19. Januar, Nachmittags 5 Uhr, Monatsversammlung im Lokale des Herrn Heinrich Hildebrand, Blumenstraße 13 am mittelbarmen Bahnhof. Tagesordnung: 1. Aufnahme und Zahlung der Beiträge. 2. Quartalsbericht und Jahresabschluss. 3. Neuwahl des Gesamt-Vorstandes. 4. Abrechnung des Winterfestes, wozu die Elberfelder Mitglieder besonders eingeladen werden. 5. Verschiedenes.
NB. Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen noch zurück sind, werden auf § 4b besonders aufmerksam gemacht.
- Dresden.**
Die Auszahlung der Reiseunterstützung für Verbandsmitglieder findet durch den Kollegen G. Frischling, Köbtau, Schillingplatz 16, 1. St., statt, und zwar, wenn derselbe Tagdacht hat, von 6-8 Uhr Abends, sonst zwischen 2-4 Uhr Nachmittags. Zu der Gambinus-Brauerei erfahren die Kollegen das Nähere.

Düsseldorf.
Unsere nächste Versammlung findet am 31. Januar bei Herrn Schwarz statt. Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht.

Elberfeld.
Am Sonntag, den 2. Februar, Nachmittags 4 Uhr, findet die regelmäßige Monatsversammlung im Lokale der Wittwe Dahmen, Karlstraße, statt. — Tagesordnung: 1. Aufnahme und Auflage. 2. Kassenericht vom 4. Quartal. 3. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig.

Frankfurt a. M.
Dienstag, den 28. Januar, findet unsere Vorstands- und Vertrauensmänner-Versammlung im „Hainereck“ statt.

Fürth.
Den reisenden Kollegen diene zur Kenntniß, daß die Unterhaltungen nur Büumenstraße 8, 2. St., bei dem Kassirer, Kollegen Gehler, ausbezahlt werden. Die Bescheinigung stellt Kollege Egger, Erlanger Landstraße 40, aus. Sowohl Bescheinigung wie Auszahlung findet nur von 12-1/2 Uhr Mittags und 6-8 Uhr Abends statt.

Gera.
Die Mitglieder-Versammlungen finden den ersten Sonntag im Monat bei Hahn statt.

Gießen.
Die Reiseunterstützung wird beim Kollegen J. Gentner, Felschbüsch, Rothheimerstraße, ausbezahlt, und zwar Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 6-8 Uhr.

Hagen i. W.
Unsere Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 2 1/2 Uhr, bei G. Schmidt, Alte Kampstraße, statt.

Halberstadt.
Die regelmäßigen Monats-Versammlungen finden jeden 1. Sonntag im Monat statt.

Halle a. S.
Unsere Mitglieder-Versammlungen finden abwechselnd jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat statt.

Hamburg.
Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 6-7 Uhr, beim Kassirer Paul Dieke, St. Pauli, Bergstraße 5, 2. St.

Hamm.
Die regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat im Lokal Fellenberg, Kl. Weststraße, statt.

Hannover.
Sonntag, den 26. Januar, Nachmittags 3 Uhr, findet die halbjährliche Generalversammlung statt. Um zahlreiches Erscheinen wird höflichst ersucht. Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet bei J. Wilhelm, Insel 3, statt.

Ludwigshafen.
Unsere regelmäßigen Monatsversammlungen finden den letzten Sonnabend im Monat um 9 Uhr im Vereinslokal „Zur Eintracht“, beim Kollegen Mack, statt.

München.
Die Reiseunterstützung für unterstützungsberechtigte Mitglieder zahlt der Kollege J. Königsmid, Damenstiftstraße 4, 2. St., von 12-1 Uhr Mittags und von 6-8 Uhr Abends aus.

Nürnberg.
Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden am ersten Dienstag des Monats bei Gruber, „Zu den drei Königen“, statt. Vertrauensmänner-Versammlungen werden extra bekannt gegeben.

Schwetzingen.
Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat beim Kollegen Hettinger statt.

Stuttgart.
Die Reiseunterstützung wird von J. Jaus, Tübingerstraße 15, Vormittags von 8-9 und Sonntags von 11 bis 1 Uhr ausgezahlt.

Inferate.
Wo stehen sich der Brauer Franz Auchsler von Breitenstein?
Um geil. Nachricht bittet die Exped. d. M.
Unsere Kollegen
Michael Schrader
und seiner lieben Braut, Fräulein **Dora Müller**
zu ihrer im Januar 1896 stattgefundenen Verlobung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche.
Die Verbandskollegen der Zahlstelle Kaiserslautern.
München.
Unsere lieben Verbandskollegen **Joseph Wandinger** und seiner lieben Braut, Fräulein **Fanny Loibl**
wünschen mit „in Folge dessen“ zu ihrer am Samstag, den 8. Februar, stattfindenden Hochzeit die besten Glückwünsche.
Mit unserm Segen auf nach Haus!
In diesem ersten Tag „Hochzeitstag“ wird man Dir sagen: Da bist ein ungeheurer Mann!
Die Verbands-Kollegen der Löwen-Brauerei (Neubau-Mälzerei).
Zigaretten-Verhandels-Geschäft
G. Leithner,
Nürnberg, Reihhof 1.
Empfehle mein reichsortirtes Lager hochfeiner Zigaretten aus überlebensfähiger Taback, 100 Stück von 2-10 Mk. gratis per Nachnahme.

Georg Gehrig,
Frankfurt am Main-Sachsenhausen, Schulstraße Nr. 12,
liefert die besten nur handgestrickten Sockenwoll-Socken nebst prima Leibwäsche.
Mannheim.
Salte allen Freunden und Kollegen mein Gast- und Logirhaus bestens empfohlen. Gute und billige Speisen und Getränke, sowie gutes und billiges Logis.
Jacob Theilacker,
R. 2. Nr. 2.
Stettin.
Haupt-Brauerverkehr beim Kollegen **G. Reller, Oberwick 21.**

Berlin.
Empfehle allen Kollegen mein neu eingerichtetes **Restaurant mit Centralherberge**
Neue Friedrichstraße 20
(Ecke Königstraße, in der Nähe des Bahnhofs Alexanderplatz).
Hochachtungsvoll **Fritz Preuss.**
C. R. Wittber,
CHEMNITZ, Müllerstraße Nr. 28,
Fabrikant der altbekannten **Chemnitzer Holzschuhe**
desgl. Schlappschuhe, Plüschschuhe, Hälerpantoffeln.

Volks-Lexikon
Preis 2 Mk. 50 Pf.
Lieferung in ca. 10 Tagen.
Preis pro Heft 20 Pfennig.
Der 1. Band ist jetzt vollst. fertig. Preis in 2 Bänden 4 Mk. 50 Pf. (Einsendungs-Geld 1 Mk. 50 Pf.).
Abonnements werden jederzeit bei allen Buchhandlungen, Expeditionen u. an der Verlags- und Druckerei in Nürnberg.
Verlag von H. Wiese, Linden-Hannover.

Brauer- und Mälzer-Mützen.
Herren-Kragen
zu jeder Mütze passend, von 5 Mk. bis 30 Mk.
Stoffproben
stehen franko zu Diensten.
Bei Bestellungen erbitte Kopfweite in Zentimetern anzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme; bei 12 Stück franko.
Carl Fiedler,
Schäferstraße 53, Dresden, Schäferstraße 53.